Oberhausen Beilage zur Avanti Nr. 241

18 / Februar 2016



### **RSB Oberhausen**

# Sex in signing? Rass ismus? SOLIDARITÄT!

# Rassistische Hetze: Nicht in unserem Namen!

PETRA STANIUS

it den Vorfällen in der Silvesternacht 2015 in Köln rückte ein Problem in den Blick der Öffentlichkeit, das sonst wenig Aufmerksamkeit erfährt: Sexuelle Übergriffe gegen Frauen, die unterhalb einer Vergewaltigung blieben.

In der BRD ist "sexuelle Belästigung" kein eigenständiger Straftatbestand und wird demzufolge nicht entsprechend der Schwere der Tat bestraft. Die massenhaften Übergriffe auf Frauen in der Kölner Silvesternacht könnten nun der Anlass sein, um die längst fällige Änderung des Sexualstrafrechts nun endlich in Angriff zu nehmen.

Aber weit gefehlt. Der Blick der Öffentlichkeit hat sich rasch wieder abgewandt von den betroffenen Frauen, ihren Bedürfnissen und Interessen. Stattdessen wurden die Übergriffe instrumentalisiert, um eine rassistische Hetzkampagne zu starten.

Weil die Täter von Köln offenbar zu einem großen Teil aus nordafrikanischen Ländern stammen, wurde bald nicht mehr die sexuelle Belästigung von Frauen thematisiert, sondern stattdessen quer durch die Medien angebliche Rede- und Denkverbote über straffällige Migranten beklagt. Nicht wenige, auch Linke und Feministinnen, sahen sich plötzlich

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser 18. Ausgabe der Oberhausener Beilage zur Avanti findet Ihr eine Stellungnahme gegen Gewalt an Frauen ebenso wie gegen rassistische Brandstifter.

Wir dokumentieren den Aufruf des Frauen-Plenums Oberhausen zu einer kämpferischen Demonstration am 8. März, an der auch wir uns beteiligen.

Ebenso findet Ihr den Aufruf des Solidaritätskomitees 1. Mai zur Solidarität mit von Repression betroffenen AntifaschistInnen. Anlass hierfür war die Demonstration gegen Pro NRW am 1. Mai 2015 in Oberhausen Osterfeld (siehe *Avanti O. Nr. 10*, Juni 2015).

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre!

genötigt, sich zu rechtfertigen. Sie meinen betonen zu müssen, dass sie sexuelle Gewalt auch dann ablehnen, wenn sie von Migranten ausgeht. Andere diskutieren über "kriminelle Ethnien" oder rufen direkt zur Bekämpfung derselben auf, während gleichzeitig die alltägliche Gewalt gegen Frauen als weniger gravierend immer noch verharmlost wird.

Andere Stimmen gibt es auch, aber sie prägen derzeit nicht das gesellschaftliche Klima.

So wurde der Boden bereitet für die Gründung von "Bürgerwehren" durch völkische vermeintlich besorgte Menschen, auch in Oberhausen. Rassistische Schläger und Brandstifter fühlen sich ermutigt – ein weiterer Anstieg der Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte ist die Folge. Auch in Oberhausen hat es in den letzten Wochen zwei Anschläge auf Wohnheime im Bau gegeben. Derartige Verbrechen gehören mittlerweile zum deutschen Alltag. Kaum einer der Täter wurde bislang gefasst.

Wir Frauen müssen den Umarmungsversuchen von völkischen "Frauenrettern" – und Sexisten – jeglicher Couleur eine klare Absage erteilen! In der März-Ausgabe der *Avanti O.* wird zu dem Thema ein ausführlicher Beitrag erscheinen.

### Inhalt

TITEL

# SOLIDARITÄT 04 Solidaritätskomittee 1. Mai

**01 Gegen Sexismus und rassistische Hetze!**Nach der Silvesternacht 2015

Aufruf zur Solidarität mit den von Repression betroffenen AntifaschistInnen

**TERMINE** 

FRAUEN

**02** Internationaler Frauentag Aufruf des Frauen-Plenums Oberhausen zur Demonstration am 8. März 2016

**04** Termine

Eure Redaktion

# Dokumentation des Aufrufs vom Frauen-Plenum Oberhausen zum 8. März 2016

# 8. März: Internationaler Frauenkampftag

# Das Frauen-Plenum Oberhausen ruft für den 8. März 2016 zur Demonstration auf.

Wenn wir uns am 8. März auf der Straße treffen, erinnern wir uns auch an die Geschichte dieses Tages. Wir erinnern uns an die vielen Frauen, denen es durch ihre Entschlossenheit und Phantasie eindrucksvoll gelungen ist, auf bestehende gesellschaftliche Missstände und die Ungleichbehandlung in allen Bereichen hinzuweisen, um schließlich ihre zentrale Forderung, die Einführung des uneingeschränkten Frauenwahlrechts, durchzusetzen.

1910: Die internationale sozialistische Frauenkonferenz - Clara Zetkin ergreift die Initiative für einen weltweit gemeinsamen Frauen-Kampftag.

Es ist offensichtlich krass: Gesetze werden ausschließlich von Männern gemacht, ausgelegt und durchgesetzt. Politik ist Männersache. Frauen haben weder passives noch aktives Wahlrecht.

1960 - Bundesrepublik: Verheiratete Frauen benötigen die Unterschrift des Ehemannes unter dem Arbeitsvertrag, um arbeiten gehen zu dürfen.

2016: Die Situation von Frauen ist komplizierter, weil nicht mehr ganz so offensichtlich, denn Frauen sind rechtlich den Männern gleichgestellt - aber für theoretisch gleiche Chancen kann sich keine Frau etwas kaufen!

Seit dem ersten Internationalen Frauentag vor über 100 Jahren hat sich die Situation der Frauen weltweit drastisch verändert. Das, was es für uns heute schwierig macht, gegen die nach wie vor bestehende Ungleichheit vorzugehen, ist die Annahme,

seit Einführung von Gender Mainstreaming und Frauenförderprogrammen hätte sich alles verbessert.

Na klar, wir haben ja sogar eine Frau als Bundeskanzlerin!

Jedoch: Nicht alle Veränderungen waren zum Vorteil der Frauen. Und so manches wurde sogar schlimmer!

Wir erleben eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Krise von weltweitem Ausmaß. In der EU wurde zur Bewältigung der Krise unter anderem die "Agenda 2010" entwickelt. In der BRD wurde diese zu Beginn der 2000er Jahre von SPD und Grünen mit den so genannten Hartz-Gesetzen umgesetzt – einem gewaltigen Umverteilungsprogramm von unten nach oben:

Die Unternehmensrechte wurden gegenüber denen der Beschäftigten in bis dahin unvorstellbarem Maße ausgebaut, gleichzeitig Erwerbslose mit Hilfe von "Hartz IV" zur Annahme neu geschaffener Billigjobs gezwungen. Ganze Unternehmensteile werden ausgelagert,
weil es profitabler ist, diese von kostengünstigen Leiharbeitsfirmen oder über Werkverträge erledigen zu lassen. Beschäftigte
werden in die Scheinselbständigkeit gezwungen und tragen
fortan das volle Marktrisiko allein. Vorschriften zum Kündigungsschutz und zur Begrenzung der Arbeitszeit gelten für sie
nicht. Arbeiten müssen sie zu Dumpingpreisen, denn den Zuschlag bekommt immer nur das preisgünstigste Angebot.

Die Konzernlenker (meist sind es Männer) nutzen die Möglichkeiten der globalisierten Wirtschaft, um die Belegschaften auch auf internationaler Ebene gegeneinander auszuspielen:

Da wandern Unternehmen wie Nokia oder Opel nach Ausschöpfung aller staatlichen Subventionen auch mal gerne in Billiglohn-Länder aus – oder sie drohen wegen angeblich zu hoher Löhne oder zu vieler Rechte der Beschäftigten mit Auslagerung von Produktion.

> So können sie immer größere Gewinne an den internationalen Börsen verbuchen, während gleichzeitig der Anteil der Löhne am Volkseinkommen stetig sinkt.

### Von dieser Entwicklung sind Frauen in besonderem Maße betroffen.

Mit der Krise und wachsendem Konkurrenzdruck breitet sich Gewalt inbesondere auch gegen Frauen in der Gesellschaft immer weiter aus. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Kombination aus sexualisierter Gewalt und Raub, deren Opfer viele Frauen werden.

Trotz gegenteiliger offizieller Verlautbarungen gibt es europaweit vermehrt Kräfte, die von Frauen erkämpfte Rechte in Frage stellen und sie in ihre traditionelle Rolle zurückdrängen wollen.

Frauen verdienen im Durchschnitt noch immer 22,3% weniger als Männer und sitzen mit 70% zu 30% wesentlich seltener in Führungspositionen. Sie



FRAUEN 3 Februar 2016

arbeiten unverhältnismäßig häufig zu Billiglöhnen und oft unfreiwillig in Teilzeit. Insbesondere Frauen, die im Niedriglohnsektor auf befristeten Arbeitsverträgen ein kaum zu schaffendes Arbeitspensum bewältigen müssen (z. B. im Pflege- oder Reinigungsbereich), erhalten einen Lohn, der zum Leben nicht mehr ausreicht. Sie müssen entweder beim Jobcenter eine Aufstockung beantragen oder einen genauso schlecht bezahlten, aufreibenden Zweitjob annehmen.

Da ist es nicht erstaunlich, dass - trotz vermeintlich gleicher Chancen für Väter - in gut 93% aller Fälle Frauen die Erziehungszeiten in

Anspruch nehmen. So sind es meist Frauen, die neben den Problemen beim Wiedereinstieg in den Beruf zusätzlich auch noch die Kindererziehung und den Haushalt zu bewältigen haben noch dazu mit zu geringen finanziellen Mitteln.



Grafik: www.iire.org

Care-Arbeit – die Organisierung des Alltags, die Sorge für Angehörige und auch die Sorge für sich selbst - sind kaum noch zu schaffen. Denn dieser Arbeit wird kein Wert beigemessen, weder finanziell noch ideell. Frauen bekommen besonders zu spüren, dass weltweit die Bedürfnisse der Menschen den Kapitalinteressen untergeordnet werden. Am untersten Ende stehen Frauen ohne deutschen Pass, die für noch geringeren Lohn die Care-Arbeit in überforderten Familien übernehmen.

Wir begrüßen es, dass Frauen in den letzten Jahren verstärkt mit Aktionen und Streiks auf ihre prekären Arbeits- und Lebensbedingungen aufmerksam machen und für Verbesserungen kämpfen!

Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Nur wer kämpft, kann gewinnen!!!

## Demo in Oberhausen

Die Demonstration findet am Dienstag, 8. März 2016 statt. Sie startet um 11:55 Uhr vom Kommunalen Integrationszentrum (Treff 200), Mülheimer Str. 200 und führt über die Marktstraße Richtung Rathaus zur Gleichstellungsstelle an der Schwartzstraße 71. Dort findet eine Zwischenkundgebung statt. Die Demonstration endet mit einer Abschlusskundgebung vor dem Rathaus.

> Alle Frauen und Männer, die das Anliegen der Veranstalterinnen teilen, sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Wer den Aufruf zur Demonstration unterstützen möchte, schreibe bitte an: Frauen-Plenum Oberhausen, Mülheimer Str. 24, 46049 Oberhausen.

Email: frauen-plenum-ob@gmx.de

# Frauen, organisieren wir uns und fordern:

- Existenzsichernde Löhne für alle!
- Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse!
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!
- Durchsetzung der Quotierung für Frauen in Gesellschaft, Politik, Gewerkschaften und Arbeit!
- Effektiven Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt!
- Angemessene Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Alte, Kranke, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet – nicht an den Profitinteressen von Unternehmen!

Dies können wir nur gemeinsam solidarisch durch die Selbstorganisation von Frauen im öffentlichen Raumerreichen. Ein erstes Zeichen setzt Du mit Deiner Beteiligung an der Demonstration am 8. März!

# Für das Recht auf ein selbstbestimmtes und lebenswertes Leben! Unser Leben ist mehr wert als die Profite der Unternehmen!

### Dokumentation des Solidaritätsaufrufs vom Solidaritätskomitee 1. Mai

Der RSB-Oberhausen unterstützt ebenso wie zahlreiche andere Organisationen und Gruppen diesen Aufruf.

### Aufruf zur Solidarität

Am 1. Mai 201 5 fand in Oberhausen-Osterfeld auf dem Marktplatz eine Kundgebung der rassistischen Partei "Pro NRW" statt.

Wir, ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen, über Gewerkschaften bis hin zu Pfadfindern und der evangelischen Kirche, sind mit ca. 400 TeilnehmerInnen am 1. Mai 2015 dem Aufruf des Antifaschistischen Bündnisses Oberhausen / Runder Tisch gegen Rechts gefolgt und haben lautstark auf dem Osterfelder Marktplatz mit einem bunten Kulturprogramm gegen den Auftritt von "Pro NRW" protestiert. Dadurch wurde an diesem Tag das Verbreiten der Hassbotschaften durch die RassistInnen von "ProNRW" in Oberhausen-Osterfeld zumindest gestört.

# Damit hatte die Einsatzleitung der Polizei allerdings ein Problem

Das zeigte sie schon vor Beginn der "Pro NRW"-Kundgebung durch aggressives und provozierendes Verhalten gegenüber TeilnehmerInnen der antirassistischen Proteste. Kleinste Vorfälle wurden zum Anlass genommen, um völlig unverhältnismäßig und brutal, sowohl Pfefferspray als auch Schlagstöcke, gegen TeilnehmerInnen der Gegenkundgebung einzusetzen.

Selbst nach Abfahrt des "Pro NRW"-Busses wurden willkürlich zwei Gruppen von Personen – insgesamt ca. 70 Menschen – eingekesselt und erkennungsdienstlich behandelt, ohne dass konkrete Vorwürfe gegen sie vorlagen.

Inzwischen gibt es gegen mindestens acht Personen Strafbefehle, mit Vorwürfen, die von angeblichen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und das Vermummungsverbot bis hin zu Landfriedensbruch reichen.

### Angeklagt sind acht, gemeint sind wir alle

Diese juristische Repression soll den übertriebenen Polizeieinsatz nachträglich rechtfertigen. Antirassistische und antifaschistische Proteste sollen kriminalisiert und die Betroffenen auf diese Weise eingeschüchtert werden. Wir, das "Solidaritätskomitee 1. Mai", kritisieren dieses Vorgehen, das zudem in einer Zeit stattfindet, in der es einen bedrohlichen gesellschaftlichen Rechtsruck gibt.

Während Flüchtlingsheime brennen – auch in Oberhausen gab es bereits

Angriffe – und die "Verteidigung" der deutschen Außengrenzen gegen Geflüchtete mit Waffengewalt bei einem Viertel der Bevölkerung Zustimmung findet und während Menschen, ob nun Geflüchtete oder deren UnterstützerInnen, immer häufiger von einem rechten Mob angegriffen werden, ist die polizeiliche und juristische Verfolgung der rassistischen und faschistischen TäterInnen kaum wahrnehmbar. Diejenigen, die das Feuer löschen wollen und sich "Pro NRW" entgegenstellen, werden verfolgt.

Alle acht Personen, die im Zusammenhang mit dem 1. Mai in Oberhausen-Osterfeld Strafbefehle erhalten haben, nehmen die Vorwürfe nicht hin und haben mittlerweile Einspruch eingelegt. Somit wird es zu Gerichtsverhandlungen kommen. Die zu erwartenden Verfahrenskosten werden nicht unerheblich sein. Wir fordern daher alle AntifaschistInnen und AntirassistInnen auf, sich solidarisch zu zeigen:

Kommt zu den Verhandlungen – die Termine werden wir zu gegebener Zeit bekannt geben – und spendet für die anstehenden Verfahrenskosten!

### Spendenkonto:

Förderverein Oberhausener Friedensinitiative

**GLS Bank** 

IBAN: DE 1543 0609 6740 4253 5300

**BIC: GENODEM1GLS** 

Verwendungszweck: Anwalt 1. Mai

Wir bitten zudem weitere Betroffene und ZeugInnen der Vorfälle vom 1. Mai 2015, sich an *solidaritaetskomitee\_1.Mai@riseup.ne*t zu melden.

### Wir fordern daher

- Schluss mit der Kriminalisierung antifaschistischer Proteste und antifaschistischen Widerstands!
- Konsequente Verfolgung und Bestrafung von rassistischen und faschistischen TäterInnen sowie ihrer Propaganda!
- Faschismus und Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
- Keine weiteren Genehmigungen rassistischer Kundgebungen in Oberhausen!

Solidaritätskomitee 1. Mai

# RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

er Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

### Impressum:

RSB Oberhausen Postfach 10 01 25 D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46 Email: info@rsb4-oberhausen.de Web: www.rsb4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim



### TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Samstag, 13.02.16, Demo gegen die NATO "Sicherheits"-Konferenz, 13:00 Uhr, Stachus, München
- Dienstag, 16.02.16, 12:00 Uhr, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Oberhausen
- Dienstag, 16.02.16, 19:00 Uhr, Frauen-Plenum Oberhausen, Marktstr. 133, Oberhausen
- Dienstag, 08.03.16, 11:55 Uhr, Demo zum Internationalen Frauenkampftag, Treffpunkt: Kommunales Integrationszentrum, Mülheimer Str. 200, Oberhausen